



13.12.2015

Halber Front National-Aufstieg bei Frankreichs Regionalwahlen

Bei den Regionalwahlen in Frankreich im Dezember 2015 hat im ersten Wahlgang der rechtsnationale Front National mit knapp 28% der Stimmen eine Nr. 1-Position erreicht, vor den Konservativen und den Sozialisten. Sechs Regionen hatten eine relative Mehrheit des Front National. Auch wenn im zweiten Wahlgang der Front National keine der dreizehn Regionen gewinnen konnte, so steht der anhaltende Aufstieg der Le Pen-Partei in Frankreich doch für ein Phänomen, das die Stabilität sowohl in Frankreich als auch in ganz Europa von radikal-rechts bedroht. Mit verantwortlich dafür sind sowohl erfolglose Wirtschaftspolitik über Jahre in Paris als auch Eigenheiten der Europa-Wahlen, die in fast allen EU-Ländern radikale Parteien stärken. Zudem fallen Wähler auf politische Erfindungen von Marine Le Pen, der Chefin des Front National, herein.

Ein Blick auf die Wirtschaftspolitik Frankreichs zeigt über Jahre – beim konservativen Präsidenten Sarkozy wie seinem sozialistischen Nachfolger Hollande – eine geringe Fähigkeit, Frankreichs Wirtschaft für die Globalisierung fit zu bekommen und die Arbeitslosenquote nachhaltig zu senken. Vor allem die hohe Jugendarbeitslosenquote, die etwa dreifach so hoch ist wie in Deutschland, ist seit mehr als 20 Jahren ein großes Problem in Frankreich (und Belgien). Der national einheitliche und absurd hohe Mindestlohnsatz in Frankreich, der 2015 nahe 10€ liegt, sorgt zuverlässig für hohe Jugendarbeitslosenquoten und obendrein noch für eine hohe Defizitquote des Staates. Denn unter Hollande wurde ein Subventionsprogramm für Unternehmen mit Mindestlohnbeschäftigten eingeführt, das rund 1% des Bruttoinlandsproduktes ausmachte. Frankreich ist wegen dieser enormen Subventionen mit einem höher als eigentlich nötigen Einkommenssteuersatz konfrontiert, der wiederum die Sparquote bzw. die Kapitalbildung und damit auch die industrielle internationale Wettbewerbsfähigkeit Frankreichs beschränkt.

Die Ausgaben für Forschung & Entwicklung relativ zum Bruttoinlandsprodukt lagen 2014 unter dem Wert Chinas und schon das zeigt ein enormes Defizit bei der Innovationspolitik Frankreichs. Eine wenig gründer- und unternehmensfreundliche Politik ist ein zusätzliches Problem. Hinzu kommt, dass Frankreich kein Land mehr mit Top-Rating ist, wobei die viel zu hohen staatlichen Defizitquoten – selbst in Boom-Zeiten zeitweise über 3% – schon unter Präsident Sarkozy für klare Fehlentwicklungen standen. Die damalige Finanzministerin Lagarde, die später IWF-Chefin wurde, hatte als Juristin kaum ausreichendes Fachwissen für die Führung ihres Pariser Amtes.

Frankreichs Modernisierung leidet seit vielen Jahren unter wenig professioneller Finanz- und Wirtschaftspolitik, die Leistungsbilanz ist seit mehr als zwanzig Jahren defizitär und bei möglichen Anstrengungen zur Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit arbeiten Arbeitgeberorganisationen und Gewerkschaften – anders als in Deutschland – seit Jahrzehnten nicht zusammen. Während in Deutschland seit der Reichsgründung 1871 Verbände eine eigenständige Rolle im Vorfeld der Politik und auch in einigen politischen Feldern gespielt haben, galten Verbände bis zum Ersten Weltkrieg in Frankreich aus Sicht des politischen Systems nicht als legitime Akteure für Problemlösungen in eigener Verantwortung. Auch zu Beginn des 21. Jahrhunderts gibt es in Frankreich immer wieder Projekte der Zusammenarbeit von Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften, aber letztlich überlassen es beide Seiten dann doch im letzten Augenblick immer wieder der Regierung, die eigentlichen

Entscheidungen zu fällen. Das politische System in Frankreich ist von daher auch überlastet – im Umfeld einer jahrelangen Eurokrise wurde dies doppelt sichtbar und der Reformstau ist enorm, woran auch diverse Expertenberichte unter den Präsidenten Sarkozy und Hollande nichts geändert haben. Es wäre für mehr Wachstum und Jobs in Frankreich schon ausreichend, wenn man den Politikempfehlungen der in Paris ansässigen OECD folgte, aber dazu fehlt der politische Führungswille.

Zu den Sonderbarkeiten des Aufstiegs von Marine Le Pen gehört ihre häufige Verwechslung von politischen Wunschvorstellungen mit der Realität und derlei ideologischer Unsinn und Unlogik lässt wenig Gutes erwarten; dies ist den Wählern in Frankreich – und den Menschen in Deutschland – weithin unbekannt. Exemplarisch für das politische Erfinden von Realitäten ist das Interview, das Le Pen 2014 dem SPIEGEL gab und in dem sie forderte, dass Frankreich wieder an die Spitze der Blockfreien Bewegung gehen müsse; dies war in der Zeit des Kalten Krieges eine Gruppe von Staaten mit gleichzeitiger politischer Distanz zu den USA und der Sowjetunion, wobei Jugoslawien, Indien und Ägypten zeitweise eine besondere Rolle spielten. Fakt ist aber, dass Frankreich niemals Mitglied der Blockfreien Länder war und daher ist die Forderung von Marine Le Pen, Frankreich solle zurück an die Spitze der Blockfreien gehen, einfach nur absurd.

Dass radikale Parteien in Frankreich und anderen EU-Ländern so stark geworden sind, liegt auch wesentlich an den Sonderbarkeiten der EU bzw. den Europa-Wahlen. Wie von Experten der Forschungsgruppe Wahlen zu hören ist, haben Wähler in Deutschland bei Befragungen, um welche Themenbereiche es bei Kommunal-, Landtags- und Bundestagswahlen geht, klare Vorstellungen geäußert. Fragt man hingegen, um was es bei den Europa-Wahlen geht, so fehlt hier fast jede Vorstellung, was angesichts eines EU-Mini-Budgets, das gerade 1% des EU-Bruttoinlandsproduktes entspricht, auch kaum verwunderlich ist. Entsprechend hoch ist die Neigung der befragten Wähler, bei Europa-Wahlen emotionalisierten Stimmungen zu folgen und kleine radikale Parteien zu wählen. Der Front National in Frankreich und die rechtspopulistische UKIP im Vereinigten Königreich waren die nationalen Gewinner der Europa-Wahlen 2014 und mit den hohen Wahlkampfkostenerstattungen aus Brüssel haben diese Parteien dann Mittel, um in den nächsten nationalen Wahlkampf zu investieren. Die schräge politische EU-Architektur ohne richtiges EU-Parlament – es hat kaum eine Möglichkeit für Gesetzesinitiativen, die nämlich bei der Europäischen Kommission liegen – und die aufgaben- und ausgabenmäßige Unterdimensionierung der Brüsseler Politikebene sind mitverantwortlich für diese gefährliche politische Radikalisierungsdynamik in Europa.

Schließlich ist in einem integrierten EU-Binnenmarkt auch zu bedenken, dass etwa die Flüchtlingspolitik Deutschlands nicht einfach ein nationales Politikprojekt ist, sondern auch immer die Interessen der Partner- bzw. Nachbarländer betrifft. Wer in Berlin so tut, als gebe es keine Obergrenzen für Flüchtlinge in Deutschland, der verkennet erstens, dass bei einer Gefährdung des Sozialfriedens oder des Rechtsfriedens immer über den Konflikt von Rechtsgütern eine faktische Obergrenze entsteht; und außerdem eine Destabilisierung von EU-Partnerländern via faktisch aufgezwungene hohe Kontingente droht, woran Deutschland jedoch kein Interesse haben kann. Die politischen Entwicklungen in Frankreich und Großbritannien sollten Anlass sein, auf nationaler und supranationaler Ebene sehr ernsthaft dringende Reformen anzugehen. Eine politische Destabilisierung Frankreichs wird negativ auf Deutschland und Italien bzw. die ganze Eurozone wirken; und politische Destabilisierung steht ökonomischer Prosperität klar entgegen. Wie schwach die Lernfähigkeit der Eurozone ist, erkennt man im Übrigen daran, dass 2008-2015 der Wachstumsrückstand gegenüber den USA 10% beträgt: Jedem Bürger in Deutschland und Frankreich fehlen so gesehen 3000 € an Einkommen.